

Pulsnitzer Wochenblatt

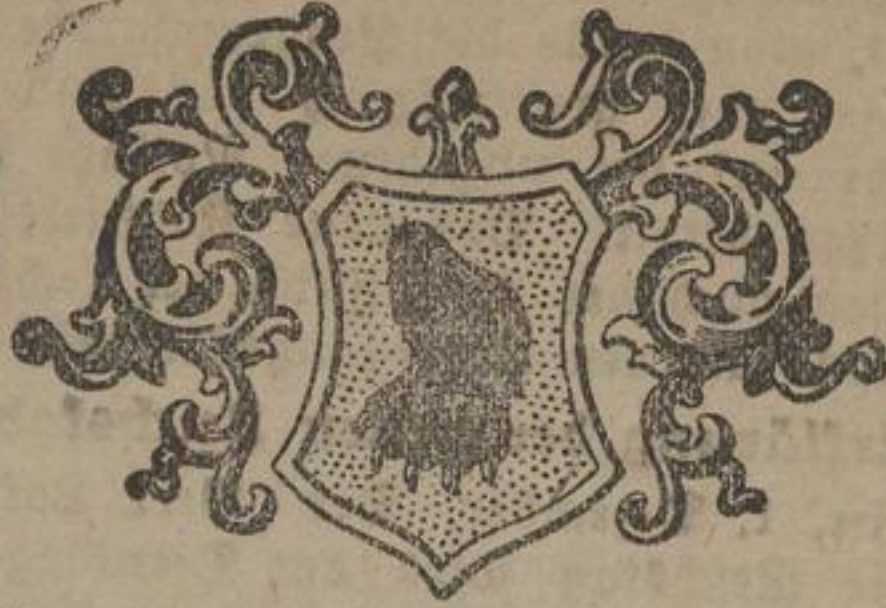
Kernsprecher 18. Tel.-Nr.: Wochenblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

und Zeitung

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteilung: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit od. sonstiger irgend welcher Natur d. Betriebes der Zeitung oder der Geschäftsverhältnisse hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises. — Wöchentl. M. 620 Milliarden bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentl. M. 600 Milliarden; durch die Post monatlich M. — freibleibend.



Anzeigen-Grundzahlen in Goldmark: Die sechsmal gespaltene Zeitzeile (Moffe's Zeilenmesser 14) M. —.15, im Bezirke der Amtshauptmannschaft M. —.10, Amtliche Zeile M. —.45 und M. —.30; Reklame M. —.40. Tabellarischer Satz 50 Prozent Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. — Briefkurs vom Zahlungstag. — Mindestkurs: Tag der Rechnung. — Familien-Anzeigen nach ermäßigtem Tarif.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach.

Haupblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Bollung, Großhörnisdorf, Bretzig, Hauswalde, Dhorn, Oberkeina, Niederkeina, Weißbach, Ober- und Niederlüttenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf.
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 365. Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 143.

Sonnabend, den 1. Dezember 1923.

75. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Auf Blatt 237 des Handelsregisters, die Firma Eduard Hause in Pulsnitz betreffend, ist heute eingetragen worden:

Karl Robert Hause ist ausgeschieden.

Der Kaufmann Heinrich Oswald Buchelt in Pulsnitz ist Inhaber.

Amtsgericht Pulsnitz, am 28. November 1923.

Auf Antrag der hiesigen Vermieter ist nach Gehör der Vertreter der Vermieter- und Mieterorganisationen folgendes beschloffen worden:

Für die Stadt Pulsnitz wird die Miete für Monat November 1923, wenn dieselbe im Voraus bezahlt worden ist, auf das Fünfhundertfache, wenn die Miete nachträglich zu zahlen war auf das Eintausendfache des Oktoberbetrages erhöht.

Die Berechnung der Untermiete für Monat November hat in gleicher Weise zu erfolgen.

Die Bekanntgabe der Dezembermiete erfolgt alsbald.

Pulsnitz, den 1. Dezember 1923.

Der Rat der Stadt.

Allgem. Ortskrankenkasse Pulsnitz.

Ab 1. Dezember besteht infolge Vertragslösung durch die Ärzte der vertragslose Zustand zwischen Ärzten und Krankenkassen. Während dieser Zeit haben die Mitglieder die Arztkosten selbst zu bezahlen und erhalten als Entschädigung einen Barbetrag in gesetzlicher Höhe. Bezugs sind vor der Anfertigung zur Abstempelung an Kassenstelle vorzulegen. Die Mitglieder wollen in allen Fällen an Kassenstelle Auskunft einholen.

Pulsnitz, am 28. November 1923.

H. Linke, Vorsitzender.

Ankündigungen aller Art

sind im „Pulsnitzer Wochenblatt“ von denkbar bestem Erfolg.

Das Wichtigste.

Marr hat ein neues Kabinett mit starkem bayerischem Einfluß gebildet, in dem das Zentrum führend, die Deutschnationalen jedoch nicht vertreten sind. Das gebildete Kabinett dürfte alsbald dem Reichstage ein neues Ermächtigungsgesetz vorlegen. Im unbesetzten Deutschland hat die Zahl der unterstützten Erwerbslosen am 15. November 1 250 000 betragen gegenüber 943 000 am 1. November, die Zahl der unterstützten Kurzarbeiter 1 772 000 gegenüber 1 703 000. Der Sattler-, Tapezierer- und Portefeinlikerverband hat den Reichspräsidenten Ebert aus seiner Organisation ausgeschlossen. Der Postfachverkehr wird in den Tagen vom 13. bis 15. Dezember auf Rentenmarkt umgestellt. Am 17. Dezember können die Postfachkunden über ihr Konto in Rentenmarkt verfügen. Der Notenumlauf nahm nach dem Reichsbankausweis in der ersten Novemberwoche um 16,66 auf 19,15 Trillionen Mark zu. Auf dem Devisenmarkt scheint die Geldknappheit etwas mehr Devisen herauszuziehen, doch ist es noch zu wenig um irgend einen Einfluß auszuüben. Zwischen Italien und Deutschland sollen Verhandlungen über die Lieferung von Rohmaterialien und Halbfabrikaten eingeleitet werden.

Der Gefahrenpunkt.

Alle diejenigen, die das Kabinett Stresemann gutwillig oder aus parteipolitischer Verblendung gelächelt hatten, beginnen jetzt allmählich einzusehen, was sie getan haben. Den Sozialdemokraten und den Deutschnationalen gemeinsam ist unübersehbar ein ziemlich moralischer Kragen anhängend, der sich allerdings sehr verschieden äußert, aber doch jedenfalls beweist, daß ihnen nachgerade die Erkenntnis aufdämmert für das Unheil, das sie anrichteten. Der Brief des Finanzministers Dr. Luther spricht Bände, ohne daß man ihm einen Kommentar mit auf den Weg gibt. Die Reichsfinanzen stehen vor der Verwüstung, die Außenpolitik liegt brach, überall stockt die Regierungsarbeit gerade zu einer Zeit, wo höchste Geschäftigkeit erforderlich wäre, die schlimmsten Folgen aber sind für das besetzte Gebiet zu befürchten, selbst wenn es im Augenblick noch nicht so offensichtlich in die Erscheinung treten sollte. Herr Dr. Stresemann hatte den letzten Erfolg vor seinem Rücktritt, daß die Verhandlungen mit der Micum zum Abschluß gekommen waren. Er hatte damit den Beweis in Händen, daß seine Taktik die richtige gewesen war, daß die Franzosen doch die Verantwortung für das wirtschaftliche Chaos fürchteten und deshalb einlenkten. Allerdings war dieser Erfolg von uns immer noch teuer genug bezahlt. Die Industrie hat Opfer von größtem Ausmaß gebracht, um die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Ob sie, ohne zusammenzubrechen, diese Opfer auf die Dauer tragen kann, ist eine Frage, die erst von der Zukunft beantwortet werden kann; der Vertrag gilt ja nur bis zum Januar, bis dahin muß zeigen, wie die Dinge weiter laufen. Jede Tonne Kohle ist mit einer Steuer von zehn Frank belastet, den Eisenbahnmächten sind Deputatlohlen zu liefern, die Regiebahnen bekommen Kohlen zu Preisen, auf deren Festsetzung wir keinen Einfluß haben, die bereits geschilderten Kohlen auf den Halben sind beschlagnahmt, auf Deutsch gestohlen. Darüber hinaus müssen

Ein Kabinett Marr.

Reichs-Finanzminister Dr. Luther demissioniert.

Berlin, 29. November. Reichs-Finanzminister Dr. Luther hat an den Reichspräsidenten einen Brief geschrieben, in dem er den Herrn Reichspräsidenten bittet, ihn von der Führung der Geschäfte des Finanzministeriums zu entbinden, da er nicht glaubt, weiterhin die Verantwortung für die Finanzgeschäfte während eines regierungslosen Zustandes tragen zu können.

Ein Schreiben der Deutschnationalen an den Reichspräsidenten.

Berlin, 29. November. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat an den Reichspräsidenten folgendes Schreiben gerichtet: „Sehr geehrter Herr Reichspräsident! Nach dem Rücktritt des Kabinetts Stresemann macht es der parlamentarische Brauch erforderlich, daß eine der Oppositions-Parteien mit der Kabinettsbildung beauftragt worden wäre. Das ist nicht geschehen. Vielmehr haben Sie, Herr Reichspräsident, auf den verschiedenen Wegen Versuche zur Neubildung der Reichsregierung unternommen, die gescheitert sind. Inzwischen haben sich sowohl die außenpolitische Lage des Reiches, wie auch die seelische und wirtschaftliche Not des deutschen Volkes so verschärft, daß eine weitere Finanzverzögerung der Kabinettsneubildung nicht verantwortet werden kann. Das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit erwartet Abwendung von der bisherigen Regierungsmethode und eine Neuorientierung nach rechts. Wenn der Reichstag in seiner überalterten Zusammensetzung nicht fähig ist, dieser Stimme des Volkes Ausdruck zu geben, so müssen Sie, Herr Reichspräsident, die Entschcheidung des Volkes anrufen und der neuzubildenden Regierung die Ermächtigung zur Auflösung des Reichstages geben. Unter solchen Voraussetzungen stellen wir uns zur Regierungsbildung zur Verfügung.“

Der deutschnationale Vorstoß gegen die preussische Koalition. Ablehnung der Demokraten. Abwartende Haltung des Zentrums und der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 29. November. Im preussischen Landtag wurde heute die von der deutschnationalen Landtagsfraktion angeregte Motion bezüglich der großen Koalition in Preußen trotz Widerspruch der Reichstagsfraktion der Demokraten der Bewirkung zugeführt. Der Vorstand der deutschnationalen Landtagsfraktion unterrichtete die Führer der Landtagsfraktionen der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten über die Wünsche der Deutschnationalen. Die Fraktionsführer nahmen noch keine Stellung zu den Mittellungen, sondern versprachen, sie an ihre Fraktionen weiterzuleiten. Die Fraktionen haben inzwischen bereits getagt, aber es haben wenigstens Besprechungen der Fraktionsvorstände stattgefunden. Die demokratische Fraktion sagte nach kurzer Beratung einen Beschluß, der es ablehnt, jetzt auch noch eine Regierungskrise in Preußen herbeizuführen. Die Deutsche Volkspartei will

erst die Gestaltung der Dinge im Reich abwarten. Ein Beschluß liegt noch nicht vor. Die Verhandlungen wurden wegen des Beginns der Plenarsitzung abgebrochen. Die Fraktion wird heute nachmittag die Angelegenheit nochmals zur Erörterung stellen. Das Zentrum hat sich seine Stellungnahme ebenfalls vorbehalten. Im Reichstag traten um die Mittagsstunde die Fraktionen der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten zusammen. Die Lage ist noch durchaus unklar.

Die Beauftragung des Abgeordneten Marr.

Berlin, 29. November. Die amtliche Meldung über die Beauftragung des Zentrumsabgeordneten Marr mit der Kabinettsbildung hat folgenden Wortlaut: Der Abgeordnete Stegerwald hat dem Reichspräsidenten mitgeteilt, daß er den Auftrag zur Kabinettsbildung nicht übernehmen könne, weil ein Kabinett nach seiner Ueberzeugung zur Zeit nicht möglich sei. Es sei zweckmäßig, mit der Kabinettsbildung einen Mann zu betrauen, der innenpolitisch weniger umstritten sei als er. Der Reichspräsident hat alsdann den Reichstagsabgeordneten, Senats-Präsident Dr. Marr mit der Kabinettsbildung beauftragt. Der Abgeordnete Marr hofft, dem Reichspräsidenten noch im Laufe des heutigen Tages seine Vorschläge zur Bildung einer Regierung, die sich auf die Mittelparteien des Reichstages stützt, unterbreiten zu können.

Die amtliche Ministerliste.

Berlin, 30. November. Um 9 Uhr abends wurde, wie die Tel. An. erzählt, in unterrichteten Kreisen folgende Ministerliste genannt, die Dr. Marr bereits dem Reichspräsidenten vorgelegt hat: Reichskanzler Dr. Marr, Vizekanzler und Innenminister Dr. Jares, Außenminister Dr. Stresemann, Wirtschaftsminister Hamann, Finanzminister Luther, Ernährungsminister Graf Ranitz, Reichswehrminister Gehler, Verkehrsminister Defer, Postminister Hoffe, Justizminister Emwinger, Arbeitsminister Brauns.

Das neue Kabinett gebildet.

Berlin, 30. November. Die von der Tel. An. um 9 Uhr verbreitete Ministerliste wird von amtlicher Seite bestätigt.

Die konstituierende Sitzung des Marr-Kabinetts.

Berlin, 1. Dezember. Das Ministerium der besetzten Gebiete wird gleichzeitig durch Reichspostminister Hoffe verwaltet werden. Das Kabinett ist nachts zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengetreten. Der Staatssekretär Kempke wird auch unter der jetzigen Regierung Chef der Reichskanzlei bleiben.

Die Parteien und die neue Regierung.

Berlin, 1. Dez. Ueber die Stellungnahme der Parteien zum neuen Kabinett läßt sich noch nichts Bestimmtes sagen. Man rechnet damit, daß im Reichstage ein Mißtrauensantrag der Kommunisten und